

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Funktionieren des Rechtsstaates und der Strafrechtspflege schützen – Vorverurteilungen und Selbstjustiz entgegenreten!

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird dringend aufgefordert,

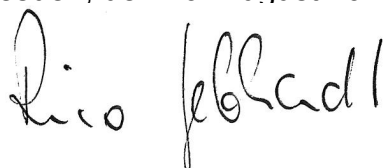
vor dem Hintergrund der seit dem heutigen Tage durch Medienberichterstattungen bekannt gewordenen Tatsache, dass der vom Amtsgericht Chemnitz im Rahmen der Ermittlungen zum Tötungsdelikt in Chemnitz gegen einen Tatverdächtigen am Montag erlassene Haftbefehl „unter anderem von ‚Pro Chemnitz‘, einem AfD-Kreisverband sowie Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann verbreitet“¹ worden ist,

1. unverzüglich und rückhaltlos alle Umstände, Zusammenhänge, Geschehensabläufe, Tathergänge, verantwortliche oder beteiligte Personen der o. g. – nach § 353 d des Strafgesetzbuches strafbaren – Mitteilung, Weitergabe und Weiterverbreitung des betreffenden Haftbefehls an Dritte und die Öffentlichkeit aufzuklären und den Landtag über die dabei gewonnenen Erkenntnisse und getroffenen Feststellungen zu unterrichten,
2. mit allem gebotenen Nachdruck die erforderlichen Maßnahmen zur strafrechtlichen und ggf. dienstrechtlichen Verfolgung dieser, den Kernbereich der Rechtspflege verletzenden und das Funktionieren des Rechtsstaates untergrabenden Tathandlungen und der hierfür Verantwortlichen sowie zur unverzüglichen Wiederherstellung der Gesetzlichkeit bei der Strafverfolgung im Freistaat Sachsen zu ergreifen und dem Landtag die dazu bislang veranlassten und weiterhin vorgesehenen Maßnahmen darzustellen,
3. unverzüglich die dringend erforderlichen Vorkehrungen zu treffen und Maßnahme zu veranlassen, um eine Wiederholbarkeit derartiger, das Vertrauen in den Rechtsstaat und in die Strafrechtspflege erschütternder strafbarer Handlungen künftig zu verhindern.

¹ vgl. dazu: <https://www.tagesschau.de/inland/chemnitz-messerangriff-ausschreitungen-101.html>

Dresden, den 29. August 2018

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Nach den bundesweiten Medienberichterstattungen vom heutigen Tage wurde der im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungen zu dem tragischen Tod eines jungen Mannes in Chemnitz gegen einen der Tatverdächtigen ergangene Haftbefehl „unter anderem von ‚Pro Chemnitz‘, einem AfD-Kreisverband sowie Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann verbreitet. [...] Mittlerweile haben auch bekannte Neonazis den Haftbefehl über soziale Netzwerke verbreitet - teilweise ohne jede Anonymisierung der Namen. [...] Das Dokument scheint authentisch zu sein. So werden die Namen des Opfers, der mutmaßlichen Täter sowie von Zeugen und der Richterin genannt. Zudem wird beschrieben, wie oft auf das Opfer eingestochen worden war. Das Papier wurde mit einigen Schwärzungen verbreitet.“ (vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/chemnitz-messerangriff-ausschreitungen-101.html>)

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE wird angesichts der Tatsache, dass innerhalb kürzester Zeit nach dem Erlass des betreffenden Haftbefehls durch das Amtsgericht Chemnitz dieses Dokument in einem zudem derart brisanten Verfahren mit allen Klardaten ins Netz gestellt wird, eine neue Eskalationsstufe im Schüren einer pogromartigen Stimmung gegenüber Migrantinnen und Migranten in Sachsen deutlich, die selbst vor der Begehung von Straftaten – hier des Tatbestandes § 353d StGB „Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen“ – nicht mehr halt macht.

Allen hieran Beteiligten muss klar sein, dass mit der strafbaren Veröffentlichung dieses Dokumentes nicht nur die derzeitig aufgeheizte Stimmung weiter forciert wird, sondern zumindest billigend in Kauf genommen wird, dass es damit zu schweren Angriffen auf die Gesundheit und das Leben völlig unbeteiligter Dritter kommen kann.

Dieser latenten Fortsetzung der Vorverurteilung und Selbstjustiz muss daher unverzüglich und nachdrücklich mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates Einhalt geboten werden, um rechtzeitig weitere Eskalationen zu verhindern.

Hierzu muss – angesichts der hiermit erreichten neuen Dimension von öffentlicher Vorverurteilung und Selbstjustiz– von allen politischen Verantwortungsträgern dieses Landes ein deutliches Signal zum Schutz der Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates und für das Vertrauen der Menschen in eine funktionierende Strafrechtspflege ausgehen.

Dies ist auch in Anbetracht der ganz offenkundigen völligen Respektlosigkeit von „Pro Chemnitz“, eines AfD-Kreisverbandes, PEGIDA-Gründer Bachmann und Co gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat und seiner Justiz, die schon jetzt erahnen, wohin diese Republik treibt, wenn so etwas mehrheitsfähig wird, dringlicher denn je geboten.

Daher begehrt die Fraktion DIE LINKE die Beratung und Beschlussfassung des Landtages über die mit dem Antrag vorgelegten Beschlusspunkte 1 bis 3 und das Ergreifen der in der zeitigen Situation dringend erforderlichen Maßnahmen durch die Staatsregierung.